

# Schwerpunkte 2018–2020

- 2018
  - Arbeit und Gesellschaft 4.0
  - Bürger\*innenforum - Landtagswahlrechtsreform
  - Parität in den Kommunalparlamenten (Abbey Road Aktion)
  - Hilfe für geflüchtete Frauen
  - Menschenrechte
  
- 2019
  - Zukunft LFR
  - Europawahl 2019
  - 100 Jahre Frauenwahlrecht (12.01.2019)
  - 50 Jahre LFR (29.06.2019)
  - Frauen in Führungspositionen
  - Delegiertenversammlung und Fachtag (12.04.2019)
  - Delegiertenversammlung und Fachtag (15.11.2019)
  
- 2020
  - Zukunft und Alterssicherung

# Öffentlichkeitsarbeit

## Flyer

Stark für Frauen 2018 – 2020

## LFR Tasche

„Eine Demokratische Haltung kann ich zu allem tragen“

## Facebook

Bitte Hinweise über Aktivitäten der Verbände per E-Mail an [schneider@landesfrauenrat-bw.de](mailto:schneider@landesfrauenrat-bw.de)

## Homepage [lfrbw.de](http://lfrbw.de)

Informiert u.a. über:

## Pressemitteilungen – Interviews

## Antrittsbesuche – Grußworte und Referate

## Rundbrief #WIRBLEIBENDRAN August 2018



# Antrittsbesuche ab Mai 2018



- ❖ FDP-Landtagsfraktion
- ❖ Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion
- ❖ DGB Baden-Württemberg

# Antrittsbesuche ab Mai 2018



- ❖ Landtagsvizepräsidentin Sabine Kurtz MdL
- ❖ Ministerin Edith Sitzmann MdL, Ministerium für Finanzen



# Antrittsbesuche ab Mai 2018



- ❖ Bettina Lisbach MdL, Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion
- ❖ Gökay Akbulut MdB, Die Linke



# 28.06.2018 Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL



# Oktober 2018 Besuch bei Staatssekretärin Bärbl Mielich MdL



# Oktober 2018 Staatssekretärinnen Katrin Schütz MdL Friedlinde Gurr-Hirsch MdL



# Auszug: Mitwirkung des Vorstands in Arbeitskreisen, Gremien und Netzwerken

- ❖ Initiative Wirtschaft 4.0
- ❖ Leuchttlinie -Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Ba-Wü
- ❖ Bündnis Bildungszeit
- ❖ Bündnis Faire Arbeitsmigration Baden-Württemberg
- ❖ Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg
- ❖ Beirat für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Staatsministerium Ba-Wü
- ❖ Bündnis für Frauen in MINT-Berufen
- ❖ Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Baden-Württemberg
- ❖ KVJS Landesjugendhilfeausschuss
- ❖ Forum Chancengleichheit, Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Ba-Wü
- ❖ Gesundheitsforum Baden-Württemberg
- ❖ Bündnis gegen Armut im Alter, ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg
- ❖ Landesseniorenrat Baden-Württemberg
- ❖ Landesfamilienrat Baden-Württemberg
- ❖ LAG Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Frauenbeauftragten
- ❖ Kooperation Kontaktstellen Frau und Beruf
- ❖ KLFR Netzwerk der Landesfrauenräte

# Aufnahmen der Hebammen ins Pflegepersonalstärkengesetz gefordert

.....landesfrauenrat  
Baden - Württemberg

START THEMEN VERÖFFENTLICHUNGEN VERANSTALTUNGEN ÜBER UNS MITGLIEDSVERBÄNDE GALERIE KONTAKT

### APPEL DES LANDESFRAUENRATES AN ALLE ABGEORDNETEN IM BUNDESTAG – STIMMEN SIE FÜR DIE AUFNAHME DER HEBAMMEN IN DAS PFLEGEPERSONAL-STÄRKUNGS-GESETZ

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg hat letzte Woche diesen Brief an alle Abgeordneten Baden-Württembergs im Bundestag gesendet, um Sie um Ihre Unterstützung zu bitten, sich für eine bessere Geburtshilfe in Kliniken einzusetzen.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,  
wir bitten Sie um Ihre Unterstützung! Auch Ihnen ist die teils katastrophale Situation in der Geburtshilfe an unseren Krankenhäusern bekannt: Hochschwängere Frauen werden an Kreissaalüren abgewiesen, werdende Mütter müssen unzumutbare Strecken zum nächsten Kreißaal auf sich nehmen, und Hebammen an Kliniken arbeiten am Limit. Diese Zustände empfinden wir als untragbar. Wir bitten Sie deshalb, sich für eine bessere Geburtshilfe in Kliniken einzusetzen. Der Bundestag berät zurzeit den Entwurf des Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetzes. Der Deutsche Hebammenverband fordert, diese Maßnahmen für die Pflege im Krankenhaus auch auf die Kreißsäle zu übertragen. Genau jetzt ist die Möglichkeit, mit dem geplanten Gesetz die Situation in der Geburtshilfe zu verbessern!

Es geht um eine:  
vollständige Finanzierung jeder zusätzlichen und jeder aufgestockten Hebammenstelle im Kreißaal – wie bei der Pflege  
vollständige Refinanzierung von Tarifsteigerungen auch für Hebammen – wie bei der Pflege  
Ausweitung der Vergütung der krankenhaushausindividuellen Pflegepersonalkosten für die Patientenversorgung über ein Pflegebudget auf den Hebammenbereich – wie bei der Pflege

Wenn das neue Gesetz ohne die Aufnahme der Hebammen verabschiedet wird, drohen in der Folge weitere Verschlechterungen gegenüber heute. Frauen, Familien und Hebammen werden dann den Spardruck, der ohnehin schon auf der Geburtshilfe lastet, noch deutlicher zu spüren bekommen.

Der Bundestag will das Gesetz in der Woche vom 5. November abschließend beraten und verabschieden. Deshalb bitten wir Sie: Unterstützen Sie die Forderungen der Hebammen und des Landesfrauenrates angesichts der akuten Herausforderungen in der Geburtshilfe! Stimmen Sie für die Aufnahme der Hebammen in das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz. Bitte informieren Sie uns über Ihre Entscheidung.

Suche

**#ROTLICHTAUS**

#### Veranstaltungen

09/11/2018 13:00  
Stuttgart: LFR-Delegiertenversammlung und Fachtag zur Digitalisierung

13/11/2018  
Führungswerkstatt

21/11/2018 14:00  
Informationsveranstaltung zum Gutachten zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

23/11/2018  
Internationales Frühstück 2018

[weitere Veranstaltungen](#)

#### Geschäftsstelle

Gymnasiumstraße 43  
70174 Stuttgart  
info@landesfrauenrat-bw.de

Telefon 0711 - 62 11 35

Montag - Donnerstag:  
08.30 Uhr - 16.00 Uhr  
Freitag:  
09.00 Uhr - 13.00 Uhr

Gender Mainstreaming Internationaler Frauentag **Frauenarmut**

6. LANDESGESUNDHEITSKONFERENZ AM 24.10.2018 IN STUTTGART – UNTERSUCHUNG ZUR AKTUELLEN VERSORGSITUATION IN DER GEBURTSHILFE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

DER LANDESFRAUENRAT BADEN-WÜRTTEMBERG BEGRÜßT JEDE MAßNAHME ZUR BERATUNG UND HILFESTELLUNG BEI DISKRIMINIERUNG

Sie haben Firefox lange nicht mehr genutzt. Soll jetzt aufgeräumt werden, damit Sie ein Benutzererlebnis wie am ersten Tag erfahren? Übrigens, willkommen zurück!

Firefox bereinigen...

Desktop 12:28 09.11.2018

# 25. Bundeskonferenz der Kommunalen und Gleichstellungsbeauftragten



# Plakataktion JEDE VIERTE FRAU

## Ministerium für Soziales und Integration



Das bundesweite Hilfe-  
telefon „Gewalt gegen  
Frauen“ bietet in 17  
Fremdsprachen Unter-  
stützung für Frauen in  
Not und ist 365 Tage im  
Jahr rund um die Uhr  
erreichbar. Neu gibt es  
auch Gebärden-  
dolmetscher\*innen, die  
z. B. via Skype  
gehörlosen Menschen  
weiterhelfen.

# Konferenz der Landesfrauenräte



Einbringen der Resolution für ein offenes Europa  
in die Konferenz der Landesfrauenräte

Auszüge: „Die KLFR unterstützt alle Politiker\*innen im Deutschen Bundestag, die sich für eine gemeinsame europäische Asylpolitik einsetzen. In der großen Frage der Flüchtlingspolitik als globale Herausforderung wird es keine nationalstaatlichen Einzellösungen geben können. Die EU ist eine große Errungenschaft. Sie bedeutet Zusammenhalt statt Nationalismus und nie wieder Krieg.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört zu den Grundwerten der

EU. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern zwingende Notwendigkeit, damit dauerhaft Frieden und Sicherheit, eine nachhaltige Entwicklung und wirtschaftlicher Wohlstand erreicht werden können.

Zugang zu Bildung, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, Zugang zu Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft sowie Schutz vor Gewalt sind für Frauen in Europa keine Utopien, sondern Realpolitik für gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Globale Herausforderungen meistern wir nur mit einem vereinten Europa, das zusammenhält und zusammen arbeitet. Einem Europa, das seine Werte ernst nimmt und verteidigt: Menschenrechte und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschlichkeit. Dies auch für zukünftige Generationen zu sichern, ist jede Anstrengung wert“.

# Frauengeschichte sichern

Der Landesfrauenrat war im Mai zu Besuch bei BAF und gratulierte zum Abschluss des Teilprojekts im DDF - Digitalen Deutschen Frauenarchiv mit einem Grußwort. Wir möchten darauf hinweisen, dass BAF dringend einer Landesförderung bedarf, die seine Arbeit auf Dauer sichert.



# Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

2015 wurde auf dem UN-Gipfel in New York die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die 17 Ziele der Agenda sollen dazu beitragen, allen Menschen weltweit ein Leben in Würde zu ermöglichen. Die Außenstelle Stuttgart von Engagement Global und das Nationale Frauen Komitee der Vereinten Nationen (UN) hier bei einer Veranstaltung in München, bei der auch die Arbeit des LFR vorgestellt wurde.



# Gemeinsam Vielfalt leben Demokratie verteidigen!

Am Freitag, den 14. September 2018 wurde auf dem Stuttgarter Karlsplatz friedlich und kreativ protestiert. Dem sogenannte „Bus der Meinungsfreiheit“ der sogenannten „Demo für Alle“ traten ca. 2000 Teilnehmer\*innen entgegen.



# 100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre Unterrepräsentanz von Frauen



Die Broschüre des LFR soll mit Information dazu beitragen, dass eine Landtagswahlrechtsänderung in Baden-Württemberg und ein Bürger\*innenforum dazu in der Diskussion bleiben.

Kann in der Geschäftsstelle bestellt werden.

[Download](#)



# Bürger\*innenforum

Die Idee der Einsetzung eines Bürger\*innenforums wurde nur von der FDP-Landtagsfraktion und der Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL unterstützt. Sie beantwortete das Schreiben der FDP-Fraktion am 16. Mai 2018, im Wortlaut: »Ihr Eintreten für eine frauenfreundliche Form des Landtagswahlrechts begrüße ich. Selbstverständlich wäre ich gerne bereit, ein Bürgerforum wie von Ihnen und vom Landesfrauenrat Baden-Württemberg vorgeschlagen einzusetzen, das sich mit einer Reform des Landtagswahlrechts beschäftigt. Voraussetzung für ein Tätigwerden meinerseits ist allerdings, dass eine breite Mehrheit der Fraktionen im Landtag dies wünscht und unterstützt.«

Leider haben sich die anderen Fraktionen des Landtag bis jetzt nicht für eine Bürger\*innenforum ausgesprochen. Damit weiterhin über eine Landtagswahlrechtsreform gesprochen wird, hat der LFR die Broschüre „100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre Unterrepräsentanz von Frauen aufgelegt“. Wir #wirbleibendran und ziehen weitere Maßnahmen in Erwägung.

# Kommunalwahl 2019

## „Frauen geht auf die Listen“



Mit einem Landesdurchschnitt von 23,9 % (Gemeinderäte) bzw. 18,9 % (Kreistage) sind Frauen drastisch unterrepräsentiert. Nach einer Idee von der Fraueninitiative FRIDA gehen die Kommunalpolitikerinnen aus Leimen (links) und Herrenberg (rechts) voran. Wurde in Facebook gepostet und insgesamt mehr als 50 x geteilt

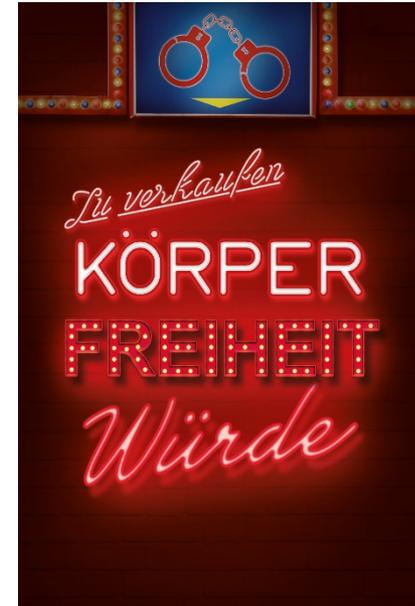
# Koordinations- und Lenkungskreis „100 Jahre Frauenwahlrecht“



Der Landesfrauenrat, der Verein Frauen & Geschichte, die Landeszentrale für politische Bildung und das Ministerium für Soziales und Integration bilden den „Lenkungsskreis 100 Jahre Frauenwahlrecht“, der maßgeblich bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Website [www.frauenwahlrecht-bw.de](http://www.frauenwahlrecht-bw.de) mitgewirkt hat. Die Website bündelt landesweit stattfindende Aktionen zum Jubiläum und klärt vielfältig über historische Ereignisse, Frauenbiografien, Projekte und Veranstaltungen auf.

# Kampagne

#ROTLICHTAUS



Auszüge der Aktivitäten:

## **Juli 2018: Paris/Brüssel**

SISTERS e.V. wurde bei CAP (Coalition Abolition Prostitution) International aufgenommen. Die nächste Jahrestagung findet 2019 in Mainz statt

## **September 2018: Berlin/Humboldt Universität**

#ROTLICHTAUS-Workshop auf der feministischen Sommeruniversität anlässlich der Eröffnung des Digitalen Deutschen Frauenarchives (DDF)

# #Rotlichtaus in Fürth



#ROTLICHTAUS

#RotlichtAus

Informationen

UnterstützerInnen

Kontakt

## #ROTLICHTAUS IN FÜRTH

4. Juli 2018

Die Unabhängigen Frauen Fürth (UFF e.V.) haben eine großflächige Plakataktion vom 3. bis 13. Juli 2018 organisiert.

In der Würzburgerstraße hängen auf der Plakatfläche Ecke Wehlauerstraße zwei Motive der Kampagne.

Wir sind gespannt auf weitere Aktionen.



[Hier zum Pressebericht](#)



# LFR unterstützt die EU- Wahlforderungen 2019 des DF

**Der Deutsche Frauenrat (DF) fordert: Europa zusammenhalten – Solidarität, Gleichberechtigung und Menschenrechte stärken!**

Im Mai 2019 wird ein neues Europaparlament gewählt. Der Deutsche Frauenrat fordert alle demokratischen Parteien in Deutschland auf, sich stärker für Frauenrechte und Gleichstellung in der Europäischen Union einzusetzen und dieses Engagement sowohl in den KandidatInnen-Listen als auch in den Wahlprogrammen zum Ausdruck zu bringen.

Dafür hat die Lobby der Frauen den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien einen Katalog vorgelegt, in dem sie fordert: ein Bekenntnis zu einer freiheitlichen Demokratie und Rechtstaatlichkeit, ein proaktive Gleichstellungspolitik, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, eine Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem europäischen Arbeitsmarkt, eine gute und geschlechtergerechte Bildung, eine geschlechtergerechte Gesundheitsprävention und -versorgung, eine Politik der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit, eine konsequente Bekämpfung von und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ein Leben in Frieden, Sicherheit und Würde für alle.

[Die DF-Forderungen für die Europawahlen 2019 im Einzelnen](#)

# Ausblick

- **12. Januar 2019**  
Festveranstaltung 100 Jahre  
Frauenwahlrecht
- **12. April 2019**  
Delegiertenversammlung und Fachtag
- **29. Juni 2019**  
Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre LFR
- **15. November 2019**  
Delegiertenversammlung und Fachtag

